

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Mittlerer Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,50 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt: Betriebsunterbrechung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Postzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Anzeile 40 Pfg., Anzeilengebühr 50 Pfg. Für Anzeigen in der Anzeilen-Liste zu bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe und unbedingte Gewährleistung oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. — Bild-Anzeigengebühr: 10.— M. Das Laubend, auszüglich Postgebühr, Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 76

Donnerstag, den 30. Juni 1932

34. Jahrg.

Bei der diesjährigen

Feuerstättenprüfung

sind zahlreiche Mängel festzustellen. Ihre Beseitigung ist im Interesse der Feuericherheit erforderlich. Ich erlaube, die Mängel bis 30. Juli abzustellen.

Nach Ablauf dieser Frist muß ich gegen Säumige mit Zwangsmaßnahmen vorgehen.

Kemberg, den 27. Juni 1932.

102] Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Städtische Grasverpachtung.

Auf die Angebote vom 7. Mai wird den Pächtern hiermit der Zuschlag erteilt.

Kemberg, den 29. Juni 1932.

103] Der Magistrat.

Kein Fortschritt in Lausanne

Die deutsch-französischen Gespräche bleiben unverändert. — Ferriot meldet Vorbesuche an.

Lausanne, 28. Juni.

Die dritte deutsch-französische Sitzung, die am Montag früh um 17 Uhr im Palace-Hotel hinter streng verschlossenen Türen begann, wurde kurz vor 20 Uhr abgeschlossen. Über den Verlauf der Sitzung wurde folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht:

„Die deutschen und französischen Delegierten sind Montagmorgens um neun zusammengetreten. Der deutsche Reichsfinanzminister hat die Gründe auseinandergesetzt, die nach seiner Ansicht für die Annäherung der Reparationsfragen sprechen, sowie die ersten Maßnahmen dargelegt, die er zum Wiederaufbau Europas vorschlägt. Der deutsche Reichsfinanzminister hat diese Erklärung des Reichsfinanzministers vom allgemeinen Standpunkt aus erörtert und verollständigt. Der französische Vizepräsident Ferriot hat im Namen Frankreichs die Vorbesuche angekündigt, die er für notwendig erachtet. Die Verhandlungen werden Mittwochvormittag weiter fortgesetzt werden.“

Aus der Formulierung der amtlichen Mitteilung ist dem ersten Eindruck nach zu schließen, daß die französische Regierung zu der Erklärung des deutschen Finanzministers und des Reichstanzlers über die Unmöglichkeit weiterer deutscher Tributzahlungen noch keine endgültige Stellung eingenommen hat. Die Montag-Sitzung ist hauptsächlich mit der Rede des Reichstanzlers und des Reichsfinanzministers ausgefüllt gewesen.

Nach französischen Mitteilungen haben der Reichstanzler und der Reichsfinanzminister übereinstimmend erklärt, daß weitere deutsche Tributleistungen unmöglich seien. Ferriot hat daraufhin zum Ausdruck gebracht, daß die französische Regierung die Erklärung nicht annehmen könne.

Ein Abbruch der Verhandlungen ist jedoch nicht eingetreten. Die Verhandlungen gehen zunächst in privater Form und sodann in einer neuen deutsch-französischen Sitzung am Mittwoch weiter.

Das Tributsystem muß fallen

Kategorische Kanzlererklärung in Lausanne.

Über den Verlauf der deutsch-französischen Welsprechung am Montag wird noch bekannt, daß der Reichstanzler von Papen nach den Ausführungen des deutschen Finanzministers erklärte, diese Konferenz habe die außerordentliche Möglichkeit, die Vermierer der Nachkriegszeit zu bestrafen und die Welt wieder geänderten Verhältnissen anzupassen.

Das System der Tribute müsse unter allen Umständen fallen. Jede Fortsetzung dieses Systems bedeute den völligen Ruin der gesamten Weltwirtschaft und des Vertrauens, das die Grundlage eines allgemeinen Wiederaufbaus sei. Die deutsche Regierung würde keine Untergriff leisten, von der sie schon heute überzeugt ist, daß sie nicht gehalten werden könne, weil sie eine völlige Unmöglichkeit sei.

Die deutsche Regierung sei durchaus bereit, an einem konstruktiven Ausbesserungsprogramm für Europa mitzuarbeiten. In den Ausführungen des Reichsfinanzministers seien dahingehende konkrete Vorschläge vorhanden. Das deutsch-französische Problem werde in Zukunft eine entscheidende Rolle spielen. In der außerordentlich ernsten Stunde, in der wir uns befinden, müsse die Wiederherstellung des Vertrauens in der Welt gefordert werden. Diese historische Aufgabe falle den Siegermächten, nicht aber Deutschland zu.

Der Reichstanzler hatte noch im Laufe des Montagabend eine Unterredung mit Macdonald, der seinerseits Ferriot empfing. Ferriot beabsichtigt, am Donnerstagabend für ein bis zwei Tage nach Paris zurückzukehren, um an den Kabinettsberatungen über den französischen Auslast teilzunehmen.

Die französische Darstellung.

In maßgebenden französischen Kreisen wird über den Verlauf der deutsch-französischen Welsprechung vom Montag erklärt, der französische Ministerpräsident habe erklärt, daß

Frankreich keineswegs die Abticht habe, Deutschland in einem Zustand wirtschaftlicher Unterlegenheit zu halten. Frankreich habe Verständnis für die Not Deutschlands und Europas doch hätten die Ausführungen des deutschen Finanzministers, des Grafen Schwerin-Krozig, zu keiner Annäherung zwischen der deutschen und französischen Auffassung geführt. Weiter hat Ferriot nach französischen Mitteilungen erklärt, daß von deutscher Seite noch am Freitag von Kompensationen im Falle einer Tributbefreiung gesprochen worden sei, heute ist jedoch von deutscher Seite von Kompensationen nicht mehr die Rede gewesen.

Die Dreimächte-Konferenz

Der amtliche Bericht über die Welsprechung.

Die zweite Zusammenkunft zwischen Macdonald, Ferriot und Papen am Dienstagmorgens im Besitz des Reichsaussenministers und der Finanzminister Frankreichs und Englands dauerte vier Stunden. Es ist zunächst vereinbart worden, daß am Mittwoch eine neue Sitzung der sechs einladenden Mächte der Konferenz sowie direkte Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Abordnung und zwar zwischen dem Reichstanzler von Papen und Ferriot sowie zwischen dem Finanzminister Graf Schwerin-Krozig und dem französischen Finanzminister Germain Martin stattfinden soll. Über den Verlauf der Sitzung wurde folgende Mitteilung gemacht:

„Am heutigen Tage hat der Präsident der Konferenz gemeinsam mit den Führern anderer Delegationen und den Delegierten Frankreichs Deutschlands und Großbritanniens die Ergebnisse der Welsprechungen, die zwischen beiden Delegationen stattgefunden haben, noch einmal dargelegt. Morgen nachmittag wird der Präsident den sechs einladenden Mächten über die Lage Bericht erstatten und sie einladen, Vorkehrungen für die weiteren Konferenzarbeiten zu treffen. Die Welsprechungen zwischen der deutschen und der französischen Delegation werden fortgeführt.“

Der englische Außenminister Simon traf im Flugzeug aus London in Lausanne ein, hat jedoch an der Dreimächte-Welsprechung nicht mehr teilnehmen können.

Vor dem Ende in Lausanne?

Die deutsch-französische Welsprechung wieder abgeklagt.

Die ursprünglich für Mittwoch vormittag eintreffende deutsch-französische Welsprechung ist — anheben auf Grund des völlig negativen Ergebnisses der Welsprechungen am Dienstag — abgeklagt worden. In der Sitzung der einladenden sechs Mächte am Mittwoch wird der Präsident der Konferenz Macdonald lediglich einen allgemeinen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Konferenz erstatten.

Nach Mitteilungen von französischer Seite, die allerdings mit Vorbehalt aufgenommen werden müssen, ist in den Dienstag-Welsprechungen die Aussichtslosigkeit weiterer Verhandlungen festgestellt worden. Man wäre übereingekommen, einen Ausbruch aus den Vertretern der sechs einladenden Mächte einzuladen, um auf diese Weise die Konferenz in Permanenz zu erklären. Tatsächlich würde jedoch bereits die Konferenz in den alternativen Tagen zum Abschluß kommen, voraussichtlich bereits am Donnerstag.

Auf deutscher Seite werden keinerlei Erklärungen über den gegenwärtigen Stand der Konferenz abgegeben. Jedoch wird festgestellt, daß eine Überbrückung der großen Gegensätze und eine Annäherung zwischen der deutschen und französischen Auffassung in keiner Weise erfolgt sei.

Neue Zwischenfälle in Berlin

Polizei gegen demonstrierende Studenten.

Am Anstich an die Verallgemeinerung der Deutschen Studentenschaft im Aufgaren des am Unter den Linden zu Zusammenhufen zwischen den abziehenden Teilnehmern und der Polizei. Da die Straße unter den Linden im Samstagsgebiet liegt, verlor die Polizei, hier jede Bewegung zu unterbinden. Die Menge, die sich unter dem Rufe „Deutschland erwerde“ immer wieder zusammenballte, wurde mit dem Gummistempel auseinandergetrieben. Die Polizei nahm eine Anzahl Studenten fest.

Auch Genf festgefahren

Gibson wieder in Lausanne. — Um den Abrüstungsorschlag Amerikas. Lausanne, 29. Juni.

Der amerikanische Vorkämpfer der Gibsons, der Führer der Genfer Abrüstungsabordnung der Vereinten Staaten trat Dienstag nachmittag unerwartet im Hotel Beau Rivage dem Hauptquartier der englischen Regierung, ein und hielt dort eine längere Unterredung mit Macdonald, in der, wie verlautet, die weitere Behandlung des neuen amerikanischen Abrüstungsplanes und die Stellungnahme der englischen Regierung zu den amerikanischen Vorschlägen erörtert worden ist.

Die amerikanische Regierung verlangt eine baldige durchgreifende Erörterung der amerikanischen Vorschläge während in den letzten Kreisen der Abrüstungskonferenz die Abticht besteht, die Konferenz am 15. Juli auf mehrere Monate zu unterbrechen, ohne daß eine Durchberatung der amerikanischen Vorschläge stattfindet. Da die Arbeiten der Abrüstungskonferenz gegenwärtig fast vollständig ruhen

zeigt sich jetzt in Kreisen der Neutralen und der übrigen an der Lausanner Konferenz nicht beteiligten Mächte ein wachsende Wüstimmung über die fortgesetzte, jetzt schon fünf Monate andauernde Verhinderung der Abrüstungskonferenzen. Man berät daher gegenwärtig in englisch-amerikanischen Kreisen, in welcher Weise nach dem Abbruch der Lausanner Konferenz eine Wiederannahme der Abrüstungskonferenz bemerksichtigt werden kann. Die großen Gegensätze in der Abrüstungsfrage konnten jedoch bisher noch nicht überwinden werden, so daß auch auf dieser großen internationalen Konferenz vorläufig kein Ausweg aus der Lage gesehen wird.

Deutsche Bilanz:

Schlüssel Europas und der Welt.

Lausanne, 29. Juni.

Keine Konferenz stand vom ersten Tage an so stark unter dem Eindruck, daß es sich in Lausanne nicht nur darum handelt, endgültig das Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner zu bereinigen, sondern daß es darum geht, auf viele Jahre hinaus das Schlüssel Europas und der Welt entscheidend zu bestimmen.

Die ganz Entwicklung des Reparationsproblems hat der ganzen Welt einseitig zum Bewußtsein gebracht, daß die Reparationen nicht nur die deutsche Wirtschaft zerstören, sondern auch den wirtschaftlichen Wohlstand der Gläubiger und damit auch der übrigen Welt zu vernichten drohen. Mit einer auf bisherigen Konferenzen dieser Art unbekanntem Offenheit und Freimütigkeit ist in den letzten Tagen zwischen Schuldner und Gläubiger das Reparationsproblem in allen seinen Einzelheiten erörtert worden. Deutscherseits hat man in maßgebenden ganz eingehenden Darstellungen alle bestmöglichen Gründe vorgebracht, die gegen die Möglichkeit einer Fortführung des Reparationsystems sprechen. Die deutschen Vertreter auf der Reparationskonferenz haben immer wieder darauf hingewiesen, daß durch das Bestehen der Reparationszahlungen gerade die von allen Völkern so lehrhaftig herbeigewünschte Wiederaufbau internationaler Wirtschaftszusammenhänge eintrüben wird. Nur die Schaffung einer völlig einseitigen, klaren und für die Zukunft überdauenden Lage vermag das Vertrauen wieder zurückzuführen, das allein den Wiederaufbau der Welt und eine rasche Beendigung der gegenwärtigen katastrophalen Krise ermöglicht.

Es ist deutscherseits ein Sofortprogramm vorgeschlagen, das in erster Linie die wirtschaftliche und finanzielle Sanierung Ostereichs und Südwesteuropas herbeiführen soll. Darüber hinausgehend hat aber die deutsche Regierung ihre Mithilfe an allen Maßnahmen zugesichert, die im weitesten Rahmen einer Reorganisation der Weltwirtschaft dienen können. Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, an einer Stabilisierung der internationalen Währungen auf einer internationalen Konferenz, an der Aufhebung der Handelsbarrieren und der Deviseneinschränkungen, an dem Abbau von prohibitiven Zöllen und ähnlichen Maßnahmen sofort mitzuwirken.

Eine besondere Rolle spielt in dieser Hinsicht die Idee eines sogenannten „Fonds commun“, dessen Hauptaufgabe darin bestehen würde, durch Kredite den Ländern mit schwierigen Währungsverhältnissen eine zuverlässige Deckungsgrundlage zu schaffen. Auch hier hat die deutsche Regierung ihre Bereitschaft zur Prüfung und Mitwirkung erklärt. Bei den Reparationszahlungen um eine Sanierung Europas komme Deutschland und Frankreich eine besondere Stellung zu.

Die Haltung der deutschen Regierung auf der Konferenz war vom ersten Tage an vollkommen konsequent. Es wiederholt vollkommen den Tatsachen, wenn behauptet wird, die Haltung der deutschen Regierung habe sich nach der Abticht des Reichstanzlers aus Berlin vertrieben. Die Ausführungen des Reichstanzlers und des Reichsfinanzministers in den letzten Tagen gingen immer in der Richtung, daß Vorschläge für ein neues System von Reparationszahlungen unmöglich sind und daß das deutsche Volk in seiner ungeheuren Not jeden solchen Vorschlag nicht verwerfe und einmütig ablehnen würde.

Die deutsche Thesen ist und bleibt, daß nur eine Strei-



Angabe der Reparationen für alle Völker eine bessere Zukunft schaffen lasse und daß in einer Zusammenarbeit im Rahmen des konstruktiven Planes der einzig mögliche Weg zu werden ließe, der zum Wiederaufbau Europas und der Welt führe.

MacDonald lädt Papen und Herriot zu sich

Der englische Ministerpräsident hat die Initiative ergriffen und vorläufig die Verhandlungsführung in die Hand genommen. MacDonald hat heute gleichzeitig den Reichskanzler und den französischen Ministerpräsidenten zu sich zu einer gemeinsamen Unterredung berufen, an der der englische Schatzkanzler Chamberlain und der französische Finanzminister Germain Martin teilnehmen. Kurz vorher habe Reichsaussenminister von Neurath mit Chamberlain eine längere Besprechung.

Die Besprechung der drei Regierungschefs

Die gemeinsame Besprechung zwischen MacDonald, dem Reichskanzler von Papen und Herriot unter Beteiligung des französischen und englischen Finanzministers und des Reichsaussenministers von Neurath dauerte von 12 Uhr mittags bis kurz vor 14 Uhr.

Ueber den Verlauf dieser streng geheimen Unterredung wird lediglich mitgeteilt, daß die gemeinsame Besprechung der drei Regierungschefs weitestgehend über die Einbringung, das von englischer Seite energigebende Bestreben im Gange sind, um eine Weiterführung der Kreditverhandlungen zu ermöglichen, jedoch liegt ein praktisches Ergebnis bisher noch in keiner Richtung vor.

Angedachte Polenpläne des Kanzlers

London, 29. Juni.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ will wissen, daß Reichskanzler von Papen angeblich den Wunsch habe, mit Hilfe Frankreichs eine vollständige Auslösung zwischen Deutschland und Polen herbeizuführen.

In diesem Rahmen verfolge er einen Plan, wonach der Korridor „internationalisiert“, Danzig an Deutschland zurückgegeben und Polen als Gegenleistung Freizoneleistungen erhalten solle, wie sie die Zischschloßwerke beispielsweise in Hamburg und Stettin genießen. Als ein weiteres Mittel zur Erleichterung der deutsch-polnischen Beziehungen habe von Papen einen Plan für die Auslösung der Donauländer im Sinne, in dessen Rahmen sowohl Deutschland als auch Polen einer Art Wirtschaftskommunion zwischen den Donauländern betreten würden.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ bemerkt zu dem angeblichen Gedanken einer Internationalisierung des Korridors, daß eine solche kaum von den ganzen deutschen Nation angenommen würde, da der Korridor auch in diesem Falle Deutschland immer noch in zwei Teile schneiden würde.

Reparationsleistungen von 1924 bis 1932

Nahzu einhalb Milliarden Mark.

Berlin, 29. Juni.

Der neue Reichshaushalt bringt auch einen Überblick über die Gesamtleistungen an Reparationszahlungen für die Rechnungsjahre 1924 bis 1932. Nach dem Dawesplan sind gezahlt worden vom 1. 9. 1924 bis 31. 8. 1929 7964,3 Millionen Reichsmark. Diese Summe gliedert sich in 800 Millionen für die Dawesanleihe, 2,4 Milliarden Zahlungen aus dem Reichshaushalt, 2,7 Milliarden Reichsbahn-Reparations-Schuldverschreibungen, Industrieobligationen 975 Millionen und Beförderungsteuer 1,1 Milliarde Goldmark.

Nach dem neuen Plan vom 1. 9. 1929 bis 30. 6. 1931 sind gezahlt worden 2555 Millionen Mark, davon 1645 Millionen Mark aus dem Reichshaushalt und 1210 als Reichsbahn-Reparationssteuer.

Nach dem Hooverplan sind in der Zeit vom 1. 7. 1931 bis 30. 6. 1932 71,5 Millionen Mark gezahlt worden. Das sind insgesamt 10 891,2 Millionen Goldmark.

Dazu kommen aber noch 508,6 Millionen Mark, die sich zusammenfassen aus dem Dienst der Äußerer Anleihe 1924 in Höhe von 310 Millionen Mark, Zahlung nach dem Deutsch-Belgischen Tarifabkommen rund 60 Millionen Mark, Beitrag zu den äußeren Belastungstoffen 30 Millionen, Beitrag zu den Kosten der fremden Kommissionen 6 Millionen, einmalige Sonderanleihe bei der Bank für Internationalen

Zahlungen 62,5 Millionen, Dienst der internationalen Anleihe 1930 48 Millionen Mark.

Die Summe für alle Gesamtleistungen in der Zeit vom 1. 9. 1924 bis 30. 6. 1932 beträgt 11 399,8 Millionen Reichsmark.

Mißtrauen gegen Reichsregierung

Annahme im Sächsischen Landtag.

Dresden, 29. Juni.

Im Sächsischen Landtag wurde nach längerer Aussprache über den kommunalistischen Antrag, der Reichsregierung das schärfste Mißtrauen des Sächsischen Landtages zu betreiben, abgestimmt. 41 Stimmen lauteten auf Ja, 27 auf Nein bei 8 Enthaltungen der Deutschnationalen. Die nationalsozialistische Fraktion blieb während der Abstimmung außerhalb des Sitzungssaales. Der Antrag der Kommunisten ist demnach angenommen. Ebenso wurde ein sozialdemokratischer Antrag einstimmig genehmigt, der verlangt, bei der Reichsregierung und im Reichsrat gegen die Notverordnung der Regierung von Papen Einmischung zu erheben, mit dem Ziel, die Stützung der Unterwerfungslage in der Arbeitslosen- und Arbeitsbeschäftigung zu machen und alle Maßnahmen, die eine Belastung der unteren Volksschichten mit sich bringen, zu unterbinden.

Reichsrat verabschiedet Glai

Berlin, 29. Juni.

Nach einem Vortrag des Generalberichterstatters Ministerialdirektors Dr. Bredt nahm der Reichsrat den Glai für 1932 an.

Der Generalberichterstatter sprach dann namens des Reichsrates eine Antwort an den französischen Ministerpräsidenten Herriot ein, in der es u. a. heißt: Im Ausland begegnet man oft der Vorstellung, daß unsere inneren Schulden, weil sie erheblich geringer seien als die Englands und Frankreichs, uns eine Vorzugsstellung im internationalen Wettbewerb einräumen könnten.

Unsere inneren Kriegs- und Vorkriegsschulden waren ebenfalls hoch oder höher als die Englands und Frankreichs. Weil mehr als 100 Milliarden Goldmark solcher Schulden sind durch die Inflation und minimale Aufwertung niedergebunden worden. Dadurch ist zwar das Reich als Schuldner entlastet, aber in genau demselben Maße die Bevölkerung finanziell verarmt. Deutschland hat seinen äußeren Schuldbelastungen bis acht mal soviel gezahlt wie seinen inneren Gläubigern.

Reichsinnenminister Frhr. von Gaal erklärte, die Reichsregierung habe sich genötigt gesehen, die in den Bestimmungen des Döhlitz-Gesetzes festgelegten Mindestbeiträge für verschiedene Obligationen herabzusetzen. Die Ausfälle gegenüber dem Döhlitz-Gesetz liegen jedoch durch Nachbewilligung ausgeglichen werden, sobald die Finanzlage des Reiches dies gestattet.

Da aus der Mitte des Reichsrates feinerlei Wortmeldungen vorlagen, wurde der Reichs-Glai ohne weitere Abstimmung als vom Reichsrat angenommen festgestellt.

Der Reichsrat nahm dann noch eine Reihe von Vorschlägen an, auch den Entwurf einer Verordnung über Verhängung der Gültigkeitsdauer über Umstufungsverordnungen für Ostpreußen um zwei Jahre.

Nächste Reichsratsitzung am 7. Juli.

Die Konferenz der Polizeiminister

Berlin, 28. Juni.

Die amtliche Preßstelle der Polizei teilt mit: Der größte Teil der leitenden Länderminister ist heute, den 27. Juni, auf Einladung Preußens in Berlin zusammengetreten, um politische Fragen von besonderer Bedeutung zu erörtern. Die Konferenz ergab eine erfreuliche volle Leberegierung der Erörterungen. Weitere Sitzungen gleicher Art sind von Fall zu Fall je nach Bedarf in Aussicht genommen.

Staatspräsident Holz über seine Berliner Reise.

— Stuttgart, 29. Juni. — Im Landtage beantwortete Staatspräsident Dr. Holz die große Anfrage der Nationalsozialisten bezüglich seiner Reise nach Berlin. Er habe den Reichspräsidenten gebeten, das EW-Verbot nicht aufzuheben; denn seit Jahren habe er, Dr. Holz, den Standpunkt vertreten, daß das Uniformverbot der Verbände eine Gefahr für den inneren Frieden bedeute. Die gegenwärtige Reichspolitik halte er für falsch. Man beuge sich aber den Bestimmungen, die vom Reich erlassen werden, und man wolle nicht

robbieren. Bezüglich des Demonstrationverbotes habe er die Forderung erhalten, daß bei Schwerefällen die Polizei die Möglichkeit eines Eingreifens haben solle.

Was Dr. Heim gesagt hat

München, 29. Juni.

Im Zusammenhang mit den Ausführungen des „Daily Express“ über eine Unterredung ihres Sonderberichterstatters Delmer mit dem Bauernführer Dr. Heim zur Frage der Wiederherstellung der Monarchie in Bayern veröffentlichte nunmehr die „Bayerische Staatszeitung“ auf Grund einer Anfrage bei Dr. Heim den tatsächlichen Inhalt des Interviews. Danach hat Dr. Heim u. a. erklärt, die Wiederherstellung einer Monarchie in Bayern habe, da eine Trennung aus dem deutschen Staatenverband ausgeschlossen sei, die Wiederherstellung der Bismarckischen Reichsverfassung zur Voraussetzung, selbstverständlich unter Annullierung an die veränderten Zeitverhältnisse. Die Zuständigkeit der Länder müsse erweitert werden.

Delmer stellte dann die Frage, ob die Stellung des zünftigen Königs die eines absoluten Monarchen sein würde, worauf Dr. Heim ihm antwortete: Das ist ausgeschlossen, im Gegenteil, ich sehe auf dem Standpunkt, daß wir ein Zweifamersystem brauchen. Die deutsche Verfassung ist die schlechteste. Wir brauchen ein Einkammersystem und brauchen an den geringsten Stellen des Reichspräsidenten. Die erste Kammer müsse durch Stände-Vertreter ergänzt werden. Diesen Vorschlag habe Dr. Heim bereits 1917 dem Ministerium unterbreitet und an geeigneter Stelle vertreten lassen. Die Schlußfrage des Interviews lautete, ob Dr. Heim glaube, daß die Monarchie in Bayern einmal kommen werde. Darauf antwortete er: Ich bin kein Prophet, aber ich glaube, daß viele Stunde kommen werden. Der Zentralismus föhrt gegen den Bestand des Reiches. Man könne gelegentlich Gewordenes nicht mit einem Schwamm auswischen.

Stillers Wahlparole

Für Einheit des Reiches.

München, 29. Juni.

Im Mittelpunkt der Schlussführung der Kreisversammlung der NSDAP, standen die Ausführungen Stillers. Insbesondere ergriff er auf die im Vorgrund der innerpolitischen Entwicklung stehende Auseinandersetzung des Reiches mit seinen Länderregierungen ein.

Die NSDAP, nehme den Kampf für die unzerstörbare Einheit des Deutschen Reiches auf; sie werde die Einheit, das höchste Gut des deutschen Volkes, mit aller Energie und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen. Wer sich an dem Reich vergreife, gegen den werde die NSDAP, unerbittlich sein. Die Parole der Partei sei: Für das Deutsche Reiches Kraft und Stärke und für des deutschen Volkes Einheit.

Wahlaufruf der SPD

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei veröffentlicht den Wahlaufruf der SPD, in dem es heißt:

„Die Regierung Papen hat ihrer Kriegserklärung an den „Wahlfortschritt“ sehr rasch die Tat folgen lassen in Gestalt einer neuen Notverordnung, die alle bisherigen an Härte weit übertrifft.“

Gegen die Taten dieser Regierung und ihre Stützen in der sogenannten nationalsozialistischen Arbeiterpartei rufen wir zum Kampf. Wir kämpfen für die Aufhebung der Notverordnung, wir kämpfen für die Erhaltung und Sicherung des Rechts auf Arbeitslosenversicherung. Wir kämpfen für Arbeitsbeschaffung aus öffentlichen Mitteln, für gezielte Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, für rasche Durchführung der Seielungen, ohne dem lebensunfähigen Großgrundbesitz neue Belenkte zu machen und damit den Siedler zu belasten. Wir kämpfen für gerechte Verteilung der Lasten nach der Leistungsfähigkeit. Anlaß der Lebenshaltung breiteter Volksschichten durch den Sozialabbau auf der ganzen Seite unter das Existenzminimum herabzudrücken, müssen die hohen Vermögen endlich durch eine wesentliche Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftsteuer erfaßt werden.

Wir kämpfen aber auch für eine Außenpolitik der friedlichen Verständigung auf dem Boden des gleichen Rechts für alle. Etwas zusammengebrochen sind alle nationalpolitischen Anklagen gegen die internationale Politik der Sozialdemokratie, denn es hat sich gezeigt, daß auch die Regierung Papen, die Reaktoren der „Nationalen Konzentration“

Jagd nach Menschen

ROMAN VON HANNS HEIDSTECK

(49. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Christa ging die Reihe ihrer persönlichen Verehrer nach

Rechtsanwalt Sauerbrenn — — —

Sie schlug die Telefonnummer nach 10 847.

„Ueber Rechtsanwalt — wollen Sie mir einen persönlichen Gedanken erwidern?“

„Jeden, Gnadigkeit, jeden!“

„Mirlich?“

„Ich schwöre!“

„Dann helfen Sie mir, einem guten Bekannten von mir eine Stellung zu verschaffen. Er ist Ingenieur. Allerdings hat er sich einmal etwas zuzubeden kommen lassen. Doch gerade darum bitte ich Sie.“

Sie nickte. Auf der anderen Seite blieb es einige Sekunden lang sonderbar still. Dann lag Sauerbrenn:

„Ich werde selbstverständlich helfen, was sich machen läßt!“

Christa hingte dandend ein.

„Armeiliger Kerl“, murmelte sie vor sich hin.

Und sog die zweite Nummer ihres Regisseurs.

Kommerzienrat Namrod. Einer der glühendsten Verehrer, — obwohl verheiratet.

Sie rief ihn an — im Büro natürlich. Ob ihm eventuell etwas gelegen sei, an einem der nächsten Abende mit ihr in die Oper zu gehen und dann zu souperieren.

„Ja — aber selbstverständlich.“

„Eventuell!“ sagte sie.

„Was heißt eventuell?“

„Sie müssen mir einen kleinen Gefallen tun —“

„Gar keine Frage: jeden — — — so weit es in meiner Macht liegt.“

„Sie Gefallen ich Sie ihn ganz genau vor sich, den kleinen, kleinen, gedruckenen Mann mit der hohen Stirn und der

Widernäse — häßlich, ein direkt häßlicher Mensch. Aber immer vernünftig, unterhaltlich und lustig.

„Sie müssen einem Entgeltlichen helfen, indem Sie ihn anstellen — vielleicht auf irgendeinem Ihrer Büros War

Wissor. Mit keiner eigentlichen Laufbahn ist es natürlich aus!“

„Mit etwa?“

„Ja!“

„Habe damals von der Gefährte gehört. Sehr peinliche Sache —“

„Können, wollen Sie etwas für ihn tun?“

„Wenn es mir irgendwie möglich ist, gerne. In einer Stunde rufe ich bei Ihnen an.“

Einige Tage später ließ Christa mit Namrod zusammen in einer Opernlage. Er hatte Wort gehalten. Sie waren beim anschließenden Souper fragte sie ihn, wie sich die Sache geendet habe.

„Er ist offiziell nur Büttengebetter. In Wirklichkeit dient er mir als juristischer Beirat. Ist sehr geschickt. Bin froh, daß ich ihn habe.“

Christa hob ihr Glas und trank mit ihm an. Strahlend blühte er ihr in die Augen.

„Sie sind ein Wunderkind, Christa“, sagte er, „wie wäre es wenn wir nachher in Ihrer Wohnung noch zusammen einen Wodka trinken würden?“

Sie lachte ihn verächtlich an:

„Diese Einladung hätte wohl von mir auszugehen!“

„Ihre Idee ist idealisch, aber Sie wird wohl kaum kommen!“

„Warum nicht?“ fragte er, wobei er die Augen weit aufriß.

„Im — — weil wir den Wodka auch hier trinken können.“

„Bei Ihnen ist es doch aber gemütlicher.“

„Woher wissen Sie das?“

„Ich nehme an!“

„Nun — bei mir ist es ungemütlich. Sie wissen: Rindfleischwurst! Kamm in der Butter und so — — auch habe ich das Angelegte noch nicht ganz aus der Wohnung entfernen können!“

Er gruberte heraus: „Sie sind tollbar! Häßlicher Einnall! Häßlich!“

Sein Gesicht war von dem vielen Weinengen schon etwas aufgedunsen, die Augen begannen glänzen zu bilden.

Sie trant ihm munter zu, selber nur nippend.

„Wort, Kommerzienrat!“

„Wort, gottbegnadete Künstlerin!“

Die Gläser klirren zusammen. Christa rief den Kellner herbei.

„Gaben!“

„Aber ich — ich — habe ja noch gar nichts gesagt —“

lachte er.

Sie klopfte ihm freundlich die Schulter, während der Kellner die Rechnung machte.

„Didergen muß jetzt in die Feia gehen. Ich auch. Morgen früh habe ich Aufnahme!“

Er blinzelte sie verständnislos an und beglich dann die Rechnung.

Er schwanke etwas, als sie ihn jetzt zu seinem draußen wartenden Auto geleitete.

Wie ein Kind ließ er sich führen.

„Wo — — wirklich — nicht — mehr?“ fragte er.

„Was?“

„Zu dir!“

„Ein andermal, Didergen!“ lachte Christa, gab ihm noch einen Klaps auf die Schulter und bestieg, seine Einleitung, mitaufzuziehen, kurz abschneidend, eine Treppe.

Der Kommerzienrat tollte nach Hause. Der Chauffeur half ihm in die Wohnung.

„Du hast natürlich nichts gesehen, Joseph!“

„Nein, Herr Kommerzienrat!“

„Ich bin im Klub gewesen!“

„Selbstverständlich, Herr Kommerzienrat!“

„Gute Nacht!“

„Gute Nacht, Herr Kommerzienrat!“

(Fortsetzung folgt.)

über keine anderen Mittel verfügt als die von der Sozialdemokratie empfohlenen.

In diesen Kämpfen zweier Weltanschauungen, zwischen Vergangenheit und Zukunft, zwischen Knechtschaft und Freiheit, zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist der 31. Juli ein Entscheidungstag.

Minister a. D. Scholz †

Berlin, 28. Juni.

Reichsminister a. D. Dr. Ernst Scholz, der frühere Führer der Deutschen Volkspartei, ist nach längerem Krankenlager in den Abendstunden des Sonntag in Berlin gestorben.

Franz Selbde 50 Jahre

Am 20. Juni vollendet Franz Selbde das 50. Lebensjahr. Sein Name wurde bekannt durch die Organisation der ehemaligen Frontkämpfer „Der Stahlhelm“, dessen Gründer und 1. Bundesführer der Jubilar ist. Zu diesem seinem Lebenswerk bewog ihn eine aufopfernde Liebe zum Vaterland, dem er in schwerer Zeit ein treuer Kämpfer war.

Das Wollen des Stahlhelm

Franz Selbdes Rundfunkrede.

Berlin, 29. Juni.

Im Programm der „Berliner Funktöne“ sprach der Gründer und Erste Bundesführer des Stahlhelm, Bund der Frontkämpfer, Franz Selbde, über den Stahlhelm und sein Wollen für Staat und Volk. Einleitend berichte Selbde, daß er sich bewußt den 28. Juni ausgesucht habe, weil an diesem Tage der Tribunalplan von Versailles unterzeichnet wurde. Die Würde nicht nur des Anglücks von Deutschland sondern der Welt der ganzen Erde bedroht. Er führt dann u. a. folgendes aus: Der Stahlhelm hat von der ersten Stunde an diesen unmoralischen Vertrag bekämpft und wird ihn bekämpfen, so lange er besteht. Denn der Stahlhelm selbst ist der lebendige Protest gegen diese tödliche, irragulierende Tribunalessel. Der Typ des deutschen Frontkämpfers ist etwas ganz Besonderes und Eigenartiges geworden. Der Begriff der Pflicht trug und führte ihn. Jeber von uns lernte, sein eigenes Schicksal vor dem großen Schicksal der Zukunft zu stellen und es anzuerkennen. Und in jedem Einzelnen von uns entstand eine neue Welt, eine harte Welt, und ein ganz eigenartiges Führertum, ein „Mitsein-müssen“ an jedem Platze, wohin man uns auch stellte. Ganz neue Energiegedanken wurden frei. Die Linke, die 1918 nach ihrem Unlutz Friede, Freiheit und Brot verpackt, hat dieses nicht schaffen können. Klirrend mit entsetzlichen Verlusten inner und außen ist ihr System zusammengebrochen. Wer die Freiheit für sein Vaterland erkämpfen will, muß selbst frei sein. Darum mußte der Bund frei sein von allen anderen Einflüssen und Mächtigkeiten. Darum mußte er nur eigenen Führer, nur eigene Gelder, nur eigene Menschen haben. Das wurde in jahrelanger kameradschaftlicher Arbeit erreicht. Es gelang uns, den Kameradschaftsbegriff auch auf die Friedenszeit und auf die deutsche wehrwillige nationale Jugend zu übertragen. Nur auf dem Wege des Zusammenfassens der arbeits- und wehrwilligen nationalen Kräfte und nur auf dem Wege der Volksgemeinschaft kann es in Deutschland vorwärtsgehen. Das Wehrrecht, der Nation und der Kampf um die innere und äußere Freiheit Deutschlands bleibt der Kern des Stahlhelmsprogramms. Wir wollen keinen neuen Krieg, gerade, weil wir Frontkämpfer sind in seinem Glauben bis zum letzten Atem. Doch ruft man uns zur Verteidigung des Vaterlandes, dann steht der Stahlhelmsmann selbstverständlich jederzeit bereit. Stark können wir nur sein, wenn die Wurzeln unseres Sins und Wollens im Heimathoden liegen. Deshalb stellen wir voran das Wiedererringen der deutschen Hoheitsrechte auf allen Gebieten innen und außen. Wir lehnen die Kriegsschuldfrage und die unmoralischen Kriegsverträge als freie Männer ab. Wir bekämpfen die Arbeitslosigkeit und fordern als erstes die Arbeitsdienstpflicht als den ersten Grad der Abhilfe. Wir fordern ein gesundes, starkes Volk und darum Nahrungs- und Arbeitsfreiheit für den Arbeiter und den Körper durch den Wehrsport. In dem Staat aber, in dem wir nicht ein Wehrfahrtsinstitut, wie er jahrelang als falsches Ideal in den Köpfen lagte, sondern das überpersönliche Gemeinwohl der Nation, in der jeder Deutsche vollverantwortlich mitzuarbeiten und aufzubauen hat. Aus diesen Ideen heraus entwickeln wir die Pläne unserer Wirtschaftsaufstellung und der verantwortlichen Einführung aller Berufsstände in den Staat. Aus diesem Gefühl heraus stehen wir auch der heutigen Weltanschauung, der Erbschaftsform des politischen Lebens abweisend gegenüber. Wir arbeiten aber gern mit allen nationalen Parteien und Gruppen zusammen, die das gleiche Ziel haben.

Gute Ernte in Sicht

Der Anbau von Getreide und Frühkartoffeln.

Berlin, 29. Juni.

Die diesjährige Anbauflächenenerhebung hat nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes folgenden Umfang des Getreideanbaues ergeben: Winterroggen 4,38 Millionen Hektar, Sommerroggen 68 000 Hektar, Winterweizen 1,97 Millionen Hektar, Sommerweizen 304 000 Hektar, Weizen und Emmer 113 000 Hektar, Wintergerste 247 000 Hektar, Sommergerste 1,82 Millionen Hektar und Hafer 3,28 Millionen Hektar.

Gegenüber dem Jahre 1931 ist der Roggenanbau, der im Vorjahre zurückgegangen war, wieder um rund 82 000 Hektar = 1,9 v. H. gestiegen, während sich der Anbau von Weizen nach der starken Zunahme des Vorjahres weleichen noch um 110 000 Hektar = 5,1 v. H. ausgedehnt hat. Auch bei Wintergerste ist eine weitere Vergrößerung des Anbaues eingetreten, und zwar um rund 20 000 Hektar = 8,9 v. H. Sinegen hat sich die Bestellung mit Sommergerste um rund 68 000 Hektar = 4,9 v. H. und von Hafer um rund 84 000 Hektar = 2,5 v. H. verringert. Der Anbau von Emmer und Spels ist weiterhin gering (um 0,8 v. H.) zurückgegangen. Seit der Umstellung des Getreideanbaues im Jahre 1930 hat die Bestellung mit Weizen insgesamt um rund 500 000 Hektar = 27,8 v. H. zugenommen, der Anbau von Roggen aber um 260 000 Hektar = 5,6 v. H. abgenommen. Bei Gerste ist seitdem eine Erweiterung des Anbaues um rund 50 000 Hektar = 3,4 v. H., bei Hafer eine Abnahme um 160 000 Hektar = 4,7 v. H. eingetreten. Der Anbau von Frühkartoffeln stieg sich für 1932 auf rund 251 000 Hektar, d. h. um annähernd 9000 Hektar = 3,6 v. H. mehr als im Vorjahre.

38 000 neue Siedler

Die Fortsetzung der vorrädlichen Kleiniedlung.

Berlin, 29. Juni.

Die Reichsregierung hat zur Fortführung der vorrädlichen Kleiniedlung auch für das Rechnungsjahr 1932 einen Betrag von 25 Millionen RM. zur Verfügung gestellt. Ueber die Fortführung der Kleiniedlung im einzelnen ist u. a. folgendes zu bemerken.

Die als Träger des Verfahrens für den zweiten Bauabschnitt in Frage kommenden Gemeinden und Gemeindeverbände werden bis zum 10. Juli einen Bescheid über die Höhe der ihnen zugeteilten Mittel erhalten. Mit Rücksicht auf die vorgezeichneten Jahresziele können nur solche Siedlungsvorhaben berücksichtigt werden, für die die Landbeschaffung und somit die bauliche Aufnahme der Arbeiter gesichert ist. Neu ist, daß jetzt im Falle der Uebertragung des Siedlungsvorhabens an ein gemeinnütziges oder Siedlungsunternehmen die Gemeinden bzw. die Gemeindeverbände keine Bürgschaft mehr zu leisten haben, sondern lediglich die Durchführung des Siedlungsvorhabens und die ordnungsmäßige Verwendung und dingliche Sicherstellung des Reichsdarlehens garantieren müssen. Gemeinden, Gemeindeverbände und Siedlungsgesellschaften können die erhaltenen Darlehen an Einzelsiedler oder redigistische Siedlungsgesellschaften, die bereits über den erforderlichen Grund und Boden verfügen, weitergeben. — Der bisher angelegte Baukostenzuschuß von RM. 3000 bleibt unverändert, da dieser Betrag ausschließlich der gemeinsamen Kreisentwicklung ausreißend erachtet wird. Bedinglich für Familien mit mehr als vier Kindern ist ein weiterer Zuschuß von 120 RM., für solche mit mehr als sechs Kindern ein weiterer Zuschuß von 500 RM. und ein zusätzlicher Reichsdarlehen bis zu 500 RM. vorgezogen.

Man erwartet, daß bei entsprechender Beschleunigung der Arbeiten noch in diesem Jahr weitere 8000 Kleiniedler- und 30 000 Kleinarbeiterfamilien errichtet werden können.

Chronik der Krawalle

Zusammenstoß in Berlin.

In den verschiedensten Stadtteilen Berlins ist es wieder zu politischen Zusammenstößen gekommen. Bei einer Schlägerei im Bötzerpark wurden drei Kommunisten verletzt. In der Bergstraße in Steglitz wurde ein Reichsbannerangehöriger beschossen. Ein verächtliche uniformierte Nationalsozialisten wurden daraufhin festgenommen. Auf dem Duppelpfad in Steglitz erhielt ein Kommunist einen Stechfuß im Oberarm. Vor dem Saale Steglitzer Straße 84 wurde ein angeblich parteiloses Mann durch einen Messerhieb über dem rechten Auge verletzt. Eine größere Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten entfiel gegen 1.30 Uhr nachts in Neudorf in der Donaustraße. Zwei Kommunisten erlitten Schläunden. Fünf Nationalsozialisten wurden zwangsgeführt.

Barrikadenbau in Leipzig.

Im Osten Leipzigs, in Volkmarndorf und in Rausdorf, führten die Nationalsozialisten in Abende von etwa 1200 Mann einen gemeinnütigen Kampf durch. Als der Zug in die Nähe des Volkmarndorfer Marktes kam, stieß er auf zusammengeordnete Kommunisten, die Barrikaden errichteten. Sie hatten Feuerwaffen umgeworfen und Steine dazwischengelegt. Außerdem hätten sie auch schon Straßentafeln zertrümmert. Die Polizei nahm sofort eine gründliche Säuberung vor, wurde aber aus den Reihen der Kommunisten heraus beschossen. Daraufhin machte die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch. Es wurde eine ganze Anzahl Kommunisten verletzt. Zahlreiche Kommunisten wurden festgenommen. Einer der bei den kommunistischen Ausreitungen in Volkmarndorf verletzten Kommunisten ist inzwischen gestorben.

20 Verletzte in Chemnitz.

Im ganzen Stadtgebiet veranfaßten die verschiedenen politischen Parteien Umzüge, die bis zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Reichsbannerleuten einerseits und Nationalsozialisten und Stahlhelmsangehörigen auf der anderen Seite kam. Die Zahl der Verletzten ist auf 20 geschätzt. Zwei SS-Leute wurden durch Messerstücke schwer verletzt. In beiden Fällen sollen Kommunisten die Täter gewesen sein.

Ueberfall auf einen SA-Mann.

An der Hafenstraße in Spein wurde der SA-Mann Seifert von Kommunisten überfallen und in den Schaulästen einer Firma gestochen. Als sich Seifert zur Wehr setzte, zog einer der Kommunisten ein Messer und brachte dem Nationalsozialisten mehrere Stiche bei. Nach der Tat flüchteten die Kommunisten.

19 Verletzte in Herne.

Zu einer schweren Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten kam es in der Nähe des Schlosses Badenhopf bei Herne i. W. Das Ueberfallkommando fand bei seinem Eintreffen in der schwer- und leichtverletzte Nationalsozialisten. Die Kommunisten hatten bereits das Weite gesucht. Bei drei Verletzten wurden schwere Schädelbrüche, Kopf- und Gesichtswunden festgestellt. Der vierte weist Stichwunden an Kopf, Armen und Händen auf.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Reinberg, den 29. Juni 1932

* Sport. Bei dem am Sonntag in Leipzig ausgetragenen Mitteldeutschen Meisterschaften im Volksturnen war vom M. T. V. Herbert Waldau für den Kreis II der D. T. gemeldet und konnte im 100 m-Lauf den 2. Sieg in 11 St. (handrecht hinter dem I. Sieger) erlangen. Bei den Wettämpfen in Glogitz anlässlich der Fabrikmeisterschaft des Turn-Vereins wurden vom M. T. V. nachfolgende Sieger:

- 7-Kampf (Oberstufe)
 - 1. Willi Kallisch mit 125 Pkt.
 - 2. Hugo Weder mit 112 Pkt.
 - 3. Willi Sebad mit 108 Pkt.
- 7-Kampf (Mittelstufe)
 - 9. Max Wagner mit 102 Pkt.
 - 9. Karl Meyer mit 102 Pkt.
 - 11. Erich Kallisch mit 99 Pkt.
- 7-Kampf (Jugend Kl. 2)
 - 4. Otto Schlege mit 117 Pkt.
 - 12. Karl West mit 105 Pkt.
 - 14. Otto Niendorf mit 101 Pkt.

7-Kampf (Jugend Kl. 1)

- 1. Werner Schulze mit 118 Pkt.
- 3-Kampf (Mittelstufe)
 - 1. Friedrich Hoffmann mit 60 Pkt.
 - 9. Kurt Dürschardt mit 40 Pkt.
- Hochsprung (Einselfampf)
 - 1. Karl Meyer 1,50 m.

* Kreistiergarten Wittenberg. Zum ersten Male nach dem Kreistiergarten in einem der sechs Distrikte eine Kreistiergarten statt und zwar am 2. und 3. Juli in Wittenberg. Die Schau ist die größte landwirtschaftliche und tierärztliche Veranstaltung in weitem Umkreise und verpackt nicht nur ein sehr umfassendes Bild der Landwirtschaft des Kreises Wittenberg zu geben, sondern bietet auch allen Besuchern durch ein vielseitiges Programm größte Abwechslung. Nicht nur der Züchter von Landwirtschaftern, sondern auch der Kleinwirts- und Geflügelzüchter, der Jäger, der Beschäftigten, Handwerker und Gewerbetreibende wird genügend Dinge zu sehen bekommen, die sein besonderes Interesse in Anspruch nehmen. Besonders schön ausfallen wird die Ausstellung der landwirtschaftlichen Hauswirtschaftlichen und eine Ausstellung für Jagdfreunde. Hier werden Jagdapparate und Jagdwaffen gezeigt. Ergänzt wird diese Jagdausstellung durch eine ganz besonders wertvolle Sammlung des Forstgenossenschafts für Weltanschauung, das Material der Glöcknerung an zoologischen Präparaten zur Schau bringt. Für die Pferdehalter ist besonders auf das erstmalige Vorführen von Höchstleistungsprüfungen mit amerikanischen Zugkraftmaschinen hingewiesen. Der Reichsverband der Kaltblutzüchter Deutschlands hat diesen originalen und wertvollen Apparat zur Verfügung gestellt. Umrahmt wird das Nachmittagsprogramm durch Vorträgen von Pferdekenntnis, Rausch- und Ackerpflanzung, vollständigen Tansen und schließlich einem vielseitigen Turnierprogramm. Wir können den Besuch der Kreistiergarten auf jedem empfehlen.

* Reit- und Fahrturnier des Kreistierverbandes Bitterfeld in Döben. Am kommenden Sonntag, den 3. Juli, veranstaltet der Kreistierverband Bitterfeld sein diesjähriges Reit- und Fahrturnier in Döben auf dem Sportplatz am Stadtpark. Die engagierten sehr zahlreichen Reitervereine — neben den angeschlossenen ländlichen Reitervereinen haben auch die Torquar Reiterverein (Reiter-Regt. 10) und die hallische Reiterverein — lassen ein besonders wertvolles Ereignis erwarten. Als Glanznummer reitet die Torquar Reiterverein eine Quadrille in der Paradeuniform der ehemaligen 12er Husaren. Neben dem sportlichen Teil kommt auch der Unterhaltungsteil zu seinem Recht. Für die Veranfaßten am Sonnabend und Sonntag ist das Stabstromperkorps des Reiter-Regts. 10 Jülichau verpflichtet. Ein Besuch des Turniers lohnt auf jeden Fall.

* Verbandsjägertag in Sangerhausen. Das diesjährige Jägerreffen des Verbandes ehemaliger Jäger und Schützen für Provinz Sachsen, Thüringen, Anhalt findet vom 2.—4. Juli in der Hofstadt Sangerhausen, der ehemaligen Jägerstadt, statt. Das Hofstadter des Vereins deutscher Jägerfreunde mit seinen vielen hunderttausend Jägern steht gerade jetzt in hoher Blüte. Ein Teil der Veranfaßten ist auch in das Hofstadter verlegt worden.

Reuden. Das Wohnhaus der früher Witterfelder Dampfzweigle hierher ist von Hauptlehrer Herrig-Kotta für 10 000 RM. gekauft worden.

Ulfhausen. Heute morgen gegen 8 Uhr verkehrte der Landwirt Franz Engel, aus auf seinen Waldgrundstück auf Varnandorf Holz holen wollte, nach kurzem Unwohlsein ganz plötzlich. Ein Herzschlag führte wohl seinem Leben ein Ziel gesetzt haben.

Gräfenhainichen. (Zur Bürgermeisterwahl.) Von den insgesamt 135 engagierten Bemerkungen auf die am 1. Dezember ds. Jz. freiwahlende Bürgermeisterstelle unserer Stadt sind vier Anwärter zur weiteren Wahl gestellt worden, die sich dieser Tage dem Stadtbürgermeistersamt vorstellen und Vorträge halten werden. Es sind dies die Herren Stadtlehrer Heinrich Nequaht-Hameln, Dr. Hans-Dietrich Wiersberg, Dr. jur. Friedrich Kolb-Bildesheim und Direktor Bruno Schulze-Berlin-Ulfersleben.

Bad Schmiedeberg. 27. Juni. (Margarethenfest) Die 500-Jahrefeier des alten Margarethenfestes findet vom 16. bis 17. Juli statt. Der Margarethenverein, als Hüter und Pfleger dieser historischen Begebenheit, rüstet bereits eifrig seit Monaten, um die 500-Jahrefeier würdig und besonders glanzvoll zu gestalten.

Döben. 27. Juni. Wegen der wiederholten Zusammenstöße an der Friedhofsecke wird jetzt für Kraftfahrzeuge der bisher nur Sonntags verbotene Durchgangsverkehr von Friedhofstraße (Ecke Haberstraße) bezw. Schmiedeberger Straße (Ecke Höhe) aus endgültig gesperrt. Die Verbindung zwischen Witterfelder-Schmiedeberger Straße wird durch die Wittenberger Straße (Ecke Thiele — Ecke Feuertel) hergestellt. Von der Wittenberger Straße aus bleibt die Einfahrt in die obengenannten Straßen gestattet. — Ferner wird die Einfahrt zur Kirchstraße Richtung Altkirchertstraße an der Witterfelder Ecke für den Durchgangsverkehr von Kraftfahrzeugen gesperrt. Die Umleitung erfolgt über Wartplatz oder Haberstraße.

Döben. (Kraftfahrzeuge zertrümmert eine Tanzdielen.) In den frühen Morgenstunden fuhr ein Autokraftwagen aus Hannover in den Garten des Lustflügelstals „Notos Haus“ und zertrümmerte einen Teil der Tanzdielen sowie eine Anzahl Stühle und Sonnenschirme. Alsbald setzte der Lastwagen keine Fahrt, ohne sich um den Unfall zu kümmern, fort. Infolge einer Wanne mußte er jedoch bald halten, so daß die nötigen Feststellungen getroffen werden konnten. Soweit sich bisher sagen läßt, dürfte der Führer am Steuer eingeschlagen sein und so den Unfall verursacht haben.

Halberstadt. Nachts 3 30 Uhr kamen mehrere junge Burgen, die Unfug treibend durch die Straßen zogen, unter anderem acht große Fensterkränzen des Landratsamtes im Kreise Halberstadt. Die sofort alarmierte Polizei konnte drei Attentäter feststellen, von denen zwei als der Nationalsozialistischen Partei zugehörig bekannt sind. Die Täter flüchteten, wurden jedoch gefasst und werden dem Richter zugeführt werden.

Preßsch (Elbe). Zwischen Preßsch und Man-
ten wurde von der Reichspost ein neues Elbfabel
durch den Strom gelegt und an beiden Ufern mit dem
Erdfabel verflochten. Das Kabel hat 30 Paar Adern und
ist 270 Meter lang.

Die Regulierung der Schwarzen Elster.
Liebenwerda. In einer Vorstandssitzung des Verban-
des zur Regulierung der Schwarzen Elster gab Reichs-
direktor Freyher von Rogow einen Bericht über die
Arbeit der Delegationen. Der jetzt zur Grundlegung
der Grundräumung der Fluß-Strecke zwischen Herzberg
und Liebenwerda ausgearbeitete neue Plan sei mit schwe-
ren Bedenken angenommen worden, nur damit endlich
praktische Arbeit geleistet werden könne. Man gab der
Anschauung Ausdruck, daß derartige Eingriffe nicht zu dem
Erfolge führe, den das Elstergesetz von 1928 bezweckt
habe. Die neue Flußstrecke der Sormoer Elster sei jetzt
vertragsgemäß in das Eigentum des Regulierungsver-
bandes übernommen worden.

Domnisch (Kr. Jorgau). Die Erwerbslosen
veranfaßten vor dem Rathaus und vor der Wohnung
des Bürgermeisters Demonstrationen, um gegen die
Kürzung der Wohlfahrtsunterstützungen zu protes-
tieren. Die Kundgebungen dauerten bis in die frühen
Abendstunden an.

Deßau. Am Dienstag trafen die Vertreter der Firma
Henschel und Sohn aus Kassel in Deßau zu Verhandlungen
mit dem Leiter des Autarkie-Komitees ein. Dabei
wurde auch die Frage einer Beteiligung erörtert. Im An-
schluß an die Verhandlungen fand eine Besichtigung der
gesamten Werke statt.

Schüler als Friedhofshelfer.
Deßau. Der Polzei ist es sehr schnell gelungen, zwei
der an den Friedhofshelferarbeiten Beteiligten zu fassen.
Es handelt sich um zwei Schüler im Alter von elf bis
zwölf Jahren. Sie geben die Tat zu, wollen aber von
einem Aelteren angeführt worden sein. An maßgebenden
Stellen ist man davon überzeugt, daß das Attentat auf
den Friedhof eine Folge der Gottlosenhege im
Zusammenhang mit dem antinazistischen Betrug über die Er-
schwerung des Hirnenerkrankten ist.
Magdeburg. Die spinale Kinderlähmung, die im be-
nachbarten Groß-Altersheim ausgebrochen ist, hat ihr
erstes Todesopfer gefordert. Eines der kranken Kin-
der ist im Magdeburger altstädtischen Krankenhaus ge-
storben.

Die Seuche hat auch auf Magdeburg übergegriffen.
Eine Anzahl erkrankter Kinder wurde in das Kranken-
haus geschafft.
Schönebeck-Bad Salzelmen. Der Benzintank der
Chefrau Dübner aus Schönebeck-Fegelenen legte sich
ins Bett, daß sie mit Benzin übergossen und dann an-
zündete. Ihr Mann war abwesend. Hausbesitzer
wurden durch den Brandgeruch aufmerksam und drangen
in die Wohnung ein, wo die Frau tot aufgefunden
wurde. Sie hatte entsetzliche Brandwunden erlitten. Die
Lebensmüde soll schon wiederholt Selbstmordabsichten
ausgeprägt haben.

Die Sanierung der RFA.
Quedlinburg. Nach einem Bericht des Versicherungs-
amtes in Quedlinburg ist die ungelungene Finanzlage der
Allgemeinen Krankenversicherung Quedlinburg in erster Linie
auf verfehlte Baupolitik zurückzuführen. Der
Neubau in der Weberstraße, der 350 000 Mark kosten
sollte, habe in Wirklichkeit etwa 685 000 Mark verschlungen.
Anfolge der Wirtschaftskrise sei der Möglichenbestand
der Kasse um 2000 auf 60 000 gesunken, so daß sich die
Einnahmen entsprechend verringerten. Hierzu kam, daß
durch Beitragsrückstände ein Verlust von rund 30 000
Mark entstand.
Die wahre Finanzlage wurde längere Zeit dadurch
verschleiert, daß der Geschäftsführer, dem inzwischen ge-
nehmigt worden ist, einen Passivposten von 110 000 Mark
nicht in die Bilanz aufzunehmen. Erst durch eine Revision
Anfang dieses Jahres wurde die Unregelmäßigkeit auf-
gedeckt. Die begonnenen Sanierungen sollen weiter fort-
gesetzt werden. Bei gleichbleibenden Verhältnissen hofft
man, die Kasse bis Ende 1933 auf gesündere Basis
stellen zu können.

Ein Ausflugsunfall bemängelt.
Halle. Der Fahrer eines baltischen Schnellwagens
verlor auf der Fahrt nach der Saalealtpere am
Ausgang des Drees Mollisch bei Gamburg, als sich der
Wagen gerade in ziemlich hoher Geschwindigkeit befand,
die Gewalt über das Steuer. Der Wagen, der mit 20
Ausflüglern besetzt war, fuhr gegen eine Linde
und bohrte sich in dieser fest. Ein Teil der Insassen
wurde aus dem Wagen geschleudert, wobei sich zwei
Frauen Kopfverletzungen und Quetschungen zuzogen und
ein Kind einen Schädelbruch erlitt. Der Wagenführer
kam hell davon, obwohl der Führerstand zertrümmert
wurde. Wahrscheinlich hat die Steuerung nicht funktioniert,
weil ein Bolzen der Steuerschwinge sich beim Ubergang
auf holpriges Pflaster löste.

Länderreit um den Harzer Bergbau
Die Frage, ob die Harzer Berg- und Hütten-
werke stillgelegt werden sollen, hat sich zu einem
Kampf zwischen dem Reich und den Ländern
Preußen und Braunschweig ausgewachsen. Das
Reich ist bereit, von den erforderlichen Subventionen
für den Harzer Bergbau die Höhe von 12 Millionen die
Hälfte beizustellen, jedoch mit der Maßgabe, daß die
staatlichen Werke, d. h. die Harzer Berg- und Hüttenwerke,
von der Subventionierung ausgeschlossen werden, da es
auf dem Standpunkt steht, daß jedes Land für die Auf-
rechterhaltung seiner Betriebe
selbst verantwortlich ist.
Die Länder dagegen vertreten die Ansicht, daß auch die
Subventionierung der staatlichen Betriebe durchaus ge-
rechtfertigt sei.
Es ist damit zu rechnen, daß sich der Reichsrat in den
nächsten Tagen mit der Frage der Aufrechterhaltung der
Betriebe beschäftigen und Beschlüsse fassen wird. Sollte
die Stilllegung der Harzer Berg- und Hüttenwerke zum
1. Juli erfolgen, so würde es sich nur um eine Maßnahme
für kurze Zeit handeln.

Das Ende der Sklarek
Je vier Jahre Zuchthaus für Leo und Willi Sklarek.
Berlin, 29. Juni.
Am 123. Verhandlungstage, pünktlich elf Uhr vormit-
tags, verurteilte die Große Strafkammer beim Landgericht I,
die seit dem 13. Oktober gegen die Sklarek zu Gericht sah,
unter Vorbehalt des Missgerichtsrats Rehner das Urteil. Es
wurden verurteilt:

Leo Sklarek und Willi Sklarek wegen Betruges, zum Teil
in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung, und wegen Be-
truges in weiteren acht Fällen, unter Freisprechung von der
Anklage des Konfuziusverbrechens und des Konfuziusvergehens und
der Bestrafung zur schweren Antreue, zu je vier Jahren Zuchthaus.

Stadtbauinspektor Schmidt wegen passiver Bestechung zu
vier Monaten Gefängnis.
Stadtbauinspektor Hoffmann wegen schwerer passiver Be-
stechung zu drei Monaten Gefängnis.
Bürgermeister Kohn wegen schwerer passiver Bestechung zu
einem Jahr drei Monaten Gefängnis.

Bürgermeister Schneider wegen schwerer passiver Bestechung
zu vier Monaten Gefängnis.
Stadtrat Gabel wegen schwerer passiver Bestechung zu einem
Jahr sechs Monaten Gefängnis.
Stadtrat Degner wegen schwerer passiver Bestechung zu sechs
Monaten Gefängnis.

Stadtmusikant Satolofski wegen schwerer passiver Bestechung
und schwerer Antreue in zwei Fällen zu einem Jahr drei
Monaten Gefängnis.
Buchhalter Lehmann wegen Beihilfe zum Betrug und
schwerer Urkundenfälschung zu einem Jahr drei Monaten
Gefängnis.

Buchhalter Luch wegen Beihilfe zum Betrug zu sechs
Monaten Gefängnis.
Diplomkaufmann Ludwig wegen schwerer passiver Bestechung
zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis.
Das Gericht erkannte ferner gegen die Brüder Leo und
Willi Sklarek auf je fünf Jahre Ehrverlust und erließ gegen sie
sowie gegen Stadtrat Gabel und Kaufmann Ludwig Haftbefehl.

Bei Kohn, Satolofski, Gabel, Degner, Schneider und
Ludwig erkannte das Gericht ferner auf die Unfähigkeit zur
Befleiung öffentlicher Ämter auf fünf Jahre, mit Aus-
nahme von Degner und Schneider, bei denen das Gericht
lediglich auf drei Jahre der Unfähigkeit zur Befleiung
öffentlicher Ämter erkannte. Außerdem wurden dem Staate
für verfallene erklärt: 8800 Mark Bestrafungsgelder, die
Stadtbauinspektor Schmidt erhalten hatte, 4800 Mark, die
Stadtbauinspektor Hoffmann empfangen hat. Von dem Ver-
mögen von Kohn, der aus dem Kollegeverbanden entlassen
wurde, wurden 15 950 Mark für verfallen erklärt, bei Satolofski
20 500 Mark, bei Gabel 21 550 Mark, bei Degner
10 000 Mark, bei Schneider 14 630 Mark, bei Ludwig 4300
Mark, außerdem ein Grammophon, das Stadtbauinspektor
Schmidt erhalten hatte. Bei Satolofski, Gabel, Schneider
und Ludwig wurden außerdem die Kleidungsstücke für den
Staat als verfallen erklärt, die dieselben von Sklarek er-
halten haben.

Zwangsvorsteigerung.
Versteigert wird
am 25. August 1932, 10 Uhr
an der Gerichtsstelle, Zimmer 2, die im Grundbuch von Merkwitz Band 1,
Artikel 41 eingetragenen Grundstücke: Gemarkung Merkwitz, Häuser-
gut Nr. 8 und Mühle, Hofraum usw. sowie Acker und Wiese von zu-
sammen 10,77,05 ha Größe; und die im Grundbuch von Dorna Band II,
Artikel 57 eingetragenen Grundstücke: Gemarkung Kunzowitz, Wiese und
Gehölzung von zusammen 2,68,30 ha Größe. Eigentümer: Landwirt und
Müller Willi Birke in Merkwitz
Remberg, den 9. Mai 1932
Amtsgericht

Kreis-Tierschau Wittenberg
vom 2. bis 3. Juli 1932 (Schußpolizei-Kalender)
Anfang Sonntagvormittag 8 Uhr
Größte Schau mit sehr abwechslungsreichem Nach-
mittags-Programm
Auftrieb: 175 Pferde, 200 Rinder, Schweine, Ziegen,
Geflügel, Kaninchen, Vienen usw.
Großes Reit- und Fahr-Turnier
Aufbeschlagn
Große Ausstellung der landw. Hausfrauenvereine
Industrie-, Handwert- und Gewerbeschau
Leistungsprüfung an amerikanischen Zugkraftwagen
Jagd-Ausstellung
Alle Geschäfte auch am Sonntag geöffnet

Prima Rind- und Hammelfleisch frische Flecke
empfiehlt Heinrich Schneider
Ferkel
darunter prima Zuchttiere
verkauft Otto Schulze, Leipziger Neumarkt 21

Guterhaltener Kinderwagen
billig zu verkaufen
Wehnert, Wittenbergerstr. 59

Poelsch-Kaffee
frisch eingetroffen bei
Ww. W. Becker, Wittenberger Straße 19

Reise-Koffer
in verschiedenen Größen und Ausführungen
Richard Arnold, Leipziger Str. und Markt

Ein Wurf Ferkel
zu verkaufen
Wittenberger Straße 22
4 Ferkel
sind abzugeben
Wittenberger Neumarkt 4
Schäferhund
zu verkaufen Mühlstraße 18

Stube
oder **Stube und Küche** von
einzelnem Frau gesucht. Angebote
an die Geschäftsstelle erbeten

Neue
saure Gurken
und
Matjesheringe
empfiehlt Rudolf Huhn

Eine Aktentasche
mit Turnfächer am Sonntag abend
in Gadiß vom Hade verloren.
Gegen Belohnung abzugeben bei
Gastwirt Nischke oder in der Ge-
schäftsstelle dieser Zeitung.

Reitsport-Berein
heute Mittwoch, den 29. Juni,
abends 7/9 Uhr im Ratskeller
Bersammlung
ber. Kreisreiterschau
Um vollständiges Erscheinen bitten
Der Vorstand

M.-T.-V.
Morgen Donnerstag, abend
9 Uhr bei G. Bachmann
Bersammlung
Zahlreichen Besuch erbitet
Der Vorstand

Verlangen Sie auch
beim Nachfüllen von
MAGGI Würze
MAGGI-Gutsoseine!

Reit- und Fahrturnier
des Kreisreitverbundes Bitterfeld
in Dübau
am 2. und 3. Juli 1932 auf dem Sportplatz am Park. Sonn-
abend 20.30 Militärfonzert des Stadstrompeterkorps vom Reiter-Rgt. 10
Züllchau. Sonntag: 7-11 Uhr Ausschreibungskämpfe; 11-12.30 Uhr
Militärfonzert des Trompeterkorps im Stadtpark; 14.30 Uhr Parade-
marsch der Reitervereine, anschließend Wettkämpfe und Schaummannen
des Zorgauer Reiter-Rgts. Nachmittags und abends **Turnierball**.

Am Montag abend entschlief sanft nach langem,
schwerem, in großer Geduld ertragenem Leiden mein
lieber Mann, unser herzenguter Vater, Schwieger- und
Großvater, Schwager und Onkel
der Schmied
August Müller
im 72. Lebensjahre.
Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Hinterbliebenen
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 3 Uhr vom
Trauerhause, Schmiedeberger Straße 16, aus statt

Danksagung.
Für die vielen Beweise der Teilnahme, die uns beim
Heimgang unseres lieben Entschlafenen, des Rentiers
Ludwig Voigt
erwiesen wurden, danken wir herzlichst. Besonders auch den
Vereinen für die Kranzspenden und Herrn Pfarrer Langbein
für die Trostessort.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Er erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Kambmanns Sonntagblatt“ und „Mittwochens Unterhaltungsblatt.“ Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Kolonnenzeile 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. Für „Aviso“'s von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für tägliche Wiederholungen und für die in der Zeitschrift oder durch Fernsprecher abgehende Anzeigen wird besonderer Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. Das Laubn, auszüglich Postgebühr; Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 76 Donnerstag, den 30. Juni 1932 34. Jahrg.

Bei der diesjährigen Feuerstättenprüfung

sind zahlreiche Mängel festzustellen worden. Ihre Beseitigung ist im Interesse der Feuericherheit erforderlich. Ich erlaube, die Mängel bis 30. Juli abzustellen. Nach Ablauf dieser Frist muß ich gegen Säumige mit Zwangsmaßnahmen vorgehen.

Kemberg, den 27. Juni 1932.
102) Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Städtische Grasverpachtung.

Auf die Angebote vom 7. Mai wird den Pächtern hiermit der Zuschlag erteilt.
Kemberg, den 29. Juni 1932.

Der Magistrat.

Kein Fortschritt in Lausanne

Die deutsch-französischen Gespräche bleiben unerernt. — Herriot meldet Vorbehalte an.
Lausanne, 28. Juni.
Die dritte deutsch-französische Sitzung, die am Montag kurz vor 17 Uhr im Palace-Hotel hinter streng verschlossenen Türen begann, wurde kurz vor 20 Uhr abgebrochen. Über den Verlauf der Sitzung wurde folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht:

„Die deutschen und französischen Delegierten sind Montagnachmittag von neuem zusammengetreten. Der deutsche Reichsfinanzminister hat die Gründe auseinandergesetzt, die nach seiner Ansicht für die Ausußerung der Reparationen bestehen, sowie die ersten Maßnahmen vorgeschlagen, die zur Wiederaufbau Europas erforderlich sind. Der deutsche Reichsanwalt hat die Erklärung des Reichsfinanzministers vom allgemeinen Standpunkt aus erneuert und vernehmlich. Der französische Ministerpräsident Herriot hat im Namen Frankreichs die Vorbehalte angemeldet, die er für notwendig erachtet. Die Verhandlungen werden Mittwochvormittag weiter fortgesetzt werden.“

Aus der Formulierung der amtlichen Mitteilung ist im ersten Eindruck nach zu schließen, daß die französische Regierung zu der Erklärung des deutschen Finanzministers und des Reichsanwalters über die Unmöglichkeit weiterer deutscher Tributzahlungen noch keine endgültige Stellung eingenommen hat. Die Montag-Sitzung ist hauptsächlich mit der Rede des Reichsanwalters und des Reichsfinanzministers ausgefüllt gewesen.

Nach französischen Mitteilungen haben der Reichsanwalt und der Reichsfinanzminister übereinstimmend erklärt, daß weitere deutsche Tributleistungen unmöglich seien. Herriot hat daraufhin zum Ausdruck gebracht, daß die französische Regierung die Erklärung nicht annehmen könne.

Ein Abbruch der Verhandlungen ist jedoch nicht eingetreten. Die Verhandlungen gehen zunächst in privater Form und jedoch in einer neuen deutsch-französischen Sitzung am Mittwoch weiter.

Das Tributsystem muß fallen

Kategorische Auserklärung in Lausanne.
Über den Verlauf der deutsch-französischen Besprechung am Montag wird noch bekannt, daß der Reichsanwalt von Papen nach den Ausführungen des deutschen Finanzministers erklärte, diese Konferenz habe die außerordentliche Möglichkeit, die Irrtümer der Nachkriegszeit zu beseitigen und die Welt wieder geänderten Verhältnissen anzupassen.

Das System der Tribute müsse unter allen Umständen fallen. Jede Fortsetzung dieses Systems bedeute den völligen Ruin der gesamten Weltwirtschaft und des Vertrauens, das die Grundlage eines allgemeinen Wiederaufbaus ist. Die deutsche Regierung würde keine Unterdrückung leisten, von der sie schon heute überzeugt sei, daß sie nicht gelassen werden könne, weil sie eine völlige Unmöglichkeit sei.

Die deutsche Regierung sei durchaus bereit, an einem konstruktiven Aufbauprogramm für Europa mitzuarbeiten. In den Ausführungen des Reichsfinanzministers seien dahingehende konkrete Vorschläge vorhanden. Das deutsch-französische Problem werde in Zukunft eine entscheidende Rolle spielen. In der außerordentlich ernsten Stunde, in der wir uns befinden, müsse die Wiederherstellung des Vertrauens in der Welt gefördert werden. Diese historische Aufgabe falle den Siegermächten, nicht aber Deutschland zu.

Der Reichsanwalt hatte noch im Laufe des Montagabend eine Unterredung mit Macdonald, der seinerseits Herriot empfing. Herriot beabsichtigt, am Donnerstagabend für ein bis zwei Tage nach Paris zurückzukehren, um an den Kabinetsberatungen über den französischen Jahrsatz teilzunehmen.

Die französische Darstellung.

In maßgebenden französischen Kreisen wird über den Verlauf der deutsch-französischen Besprechung vom Montag erklärt, der französische Ministerpräsident habe erklärt, daß

Frankreich keineswegs die Absicht habe, Deutschland in einem Zustand wirtschaftlicher Unterlegenheit zu halten. Frankreich habe Verständnis für die Not Deutschlands und Europas noch hätten die Ausführungen des deutschen Finanzministers, des Grafen Schwerin-Krogiß, zu keiner Annäherung zwischen der deutschen und französischen Auffassung geführt. Weiter hat Herriot nach französischen Mitteilungen erklärt, daß von deutscher Seite noch am Freitag von Kompensationen im Falle einer Tributbefreiung gesprochen worden sei, heute sei jedoch von deutscher Seite von Kompensationen nicht mehr die Rede gewesen.

Die Dreimächte-Konferenz

Der amtliche Bericht über die Besprechung.
Die zweite Zusammenkunft zwischen Macdonald, Herriot und Papen am Dienstagnachmittag im Beisein des Reichsaußenministers und der Finanzminister Frankreichs und Englands dauerte vier Stunden. Es ist zunächst vereinbart worden, daß am Mittwoch eine neue Sitzung der sechs einladenden Mächte der Konferenz sowie direkte Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Abordnungen, und zwar zwischen dem Reichsanwalt von Papen und Herriot sowie zwischen dem Finanzminister Graf Schwerin-Krogiß und dem französischen Finanzminister Gernin Martin stattfinden soll. Über den Verlauf der Sitzung wurde folgende Mitteilung gemacht:

Am heutigen Tage hat der Präsident der Konferenz gemeinsam mit den Führern anderer Delegationen und den Delegierten Frankreichs Deutschlands und Großbritanniens die Ergebnisse der Besprechungen, die zwischen diesen Delegationen stattgefunden haben, noch einmal dargelegt. Morgen nachmittag wird der Präsident den sechs einladenden Mächten über die Lage Bericht erstatten und sie einladen, Beratungen für die weiteren Konferenzarbeiten zu treffen. Die Besprechungen zwischen der deutschen und der französischen Delegation werden fortgeführt.

Der englische Außenminister Simon trat im Flugzeug aus London in Lausanne ein, hat jedoch an der Dreimächte-Besprechung nicht mehr teilnehmen können.

Vor dem Ende in Lausanne?

Die deutsch-französische Besprechung wieder abgefragt.
Die ursprünglich für Mittwoch vormittag einberufene deutsch-französische Besprechung ist — anlässlich an Grund des völlig negativen Ergebnisses der Besprechungen am Dienstag — abgefragt worden. In der Sitzung der einladenden sechs Mächte am Mittwoch wird der Präsident der Konferenz Macdonald lediglich einen allgemeinen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Konferenz erstatten.

Nach Mitteilungen von französischer Seite, die allerdings mit Vorbehalt aufgenommen werden müssen, ist in den Dienstag-Besprechungen die Ausschussfähigkeit weiterer Verhandlungen festgestellt worden. Man wäre übereingekommen, einen Ausschuss aus den Vertretern der sechs einladenden Mächte einzusetzen um auf diese Weise die Kon-

ferenz sich jetzt in Kreisen der Neutralen und der übrigen an der Lausanner Konferenz nicht beteiligten Mächte ein wachsende Zustimmung über die fortgesetzte, jetzt schon fünf Monate andauernde Verhinderung der Abrüstungskonferenz zu finden. Man betät dabei gegenwärtig in englisch-amerikanischen Kreisen, in welcher Weise nach dem Abbruch der Lausanner Konferenz eine Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz bemerksamer sein würde. Die großen Beziehungen in der Abrüstungsfrage konnten jedoch bisher noch nicht aufgenommen werden, so daß auch auf dieser großen internationalen Konferenz vorläufig kein Ausweg aus der Lage gesehen wird.

Deutsche Bilanz:

Schicksal Europas und der Welt.

Lausanne, 29. Juni.

Keine Konferenz stand vom ersten Tage an so stark unter dem Eindruck, daß es sich in Lausanne nicht nur darum handelt, endgültig das Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner zu bereinigen, sondern daß es darum geht, auf viele Jahre hinaus das Schicksal Europas und der Welt entscheidend zu bestimmen.

Die ganze Entwicklung des Reparationsproblems hat der ganzen Welt einseitig zum Bewußtsein gebracht, daß die Reparationen nicht nur die deutsche Wirtschaft zerstören, sondern auch den wirtschaftlichen Wohlstand der Gläubiger und damit auch der übrigen Welt zu vernichten drohe. Mit einer auf bisherigen Konferenzen dieser Art unbekanntem Offenheit und Freimütigkeit ist in den letzten Tagen zwischen Schuldner und Gläubiger das Reparationsproblem in allen seinen Einzelheiten erörtert worden. Deutscherseits hat man in maßgebenden Kreisen alle betanenen Gründe vorgebracht, die gegen die Möglichkeit einer Fortführung des Reparationsystems sprechen. Die deutschen Vertreter auf der Reparationskonferenz haben immer wieder darauf hingewiesen, daß durch das Verfehlen der Reparationszahlungen gerade die von allen Wölfen so lehrlich herbeigewünschte Beruhigung internationaler Wirtschaftsbeziehungen eintreten wird. Nur die Schaffung einer völlig einseitigen, klaren und für die Zukunft überdachten Lage vermöge das Vertrauen wieder zurückzuführen, das allein bei Wiederaufbau der Welt und einer rasigen Beseitigung der gegenwärtigen katastrophalen Krise ermöglicht.

Es ist deutscherseits ein Sofortprogramm vorgeschlagen, das in erster Linie die wirtschaftliche und finanzielle Sanierung Österreichs und Südspaniens herbeiführen soll. Darüber hinausgehend hat aber die deutsche Regierung ihre Mühseligkeit an allen Maßnahmen zugeführt, die im weitesten Rahmen einer Reorganisation der Weltwirtschaft dienen sollen. Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, an einer Stabilisierung der internationalen Währungen auf einer internationalen Konferenz, an der Aufhebung der Handelsbarrieren und der Zölle, an der Abkehr von den Verbotsmaßnahmen und an ähnlichen Maßnahmen sofort mitzuwirken.

Eine besondere Rolle spielt in dieser Hinsicht die Idee eines sogenannten „Fonds commun“, dessen Hauptaufgabe darin bestehen würde, durch Kredite den Ländern mit schwierigen Verhältnissen eine zuverlässige Deckungsgrundlage zu schaffen. Auch hier hat die deutsche Regierung ihre Bereitschaft zur Prüfung und Mitwirkung erklärt. Bei den Bemühungen um eine Sanierung Europas komme Deutschland und Frankreich eine besondere Stellung zu.

Die Haltung der deutschen Regierung auf der Konferenz war vom ersten Tage an vollkommen konsequent. Es widerspricht vollkommen den Tatsachen, wenn behauptet wird, die Haltung der deutschen Regierung habe sich nach der Rückkehr des Reichsanwalters aus Berlin verifiziert. Die Ausführungen des Reichsanwalters und des Reichsfinanzministers in den letzten Tagen gingen immer in der Richtung, daß Vorschläge für ein neues System von Reparationszahlungen unmöglich sind und daß das deutsche Volk in seiner ungeheuren Not jeden solchen Vorschlag nicht verstehen und einmütig ablehnen würde.

Die deutsche Delegation ist und bleibt, daß nur eine Streit-



während in den letzten Kreisen der Abrüstungskonferenz, die Absicht besteht, die Konferenz am 15. Juli auf mehrere Monate zu unterbrechen, ohne daß eine Durchberatung der amerikanischen Vorschläge stattfindet. Da die Arbeiten der Abrüstungskonferenz gegenwärtig fast vollständig ruhen